

## Haushaltsrede CDU-Fraktion im Kreistag Heinsberg

19. Dezember 2023

**Harald Schlößer für die CDU-Kreistagsfraktion Heinsberg. Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
sehr geehrte Gäste und Vertreter der Medien!

Ich möchte meine Haushaltsrede in diesem Jahr mit den Überschriften in der Presse aus den vergangenen Wochen und Monaten beginnen: „Deutschland schmiert ab“ – „Auf die Inflation folgt die Rezession“ – „Lage für Deutschland besonders düster“. Die Folgen der Coronapandemie, die Klimakrise, die Inflation, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der erstarkende Rechtspopulismus und Antisemitismus: Wir sehen uns nicht mit einer, sondern gleich mit multiplen Krisen konfrontiert.

Und in dieser (nicht nur) wirtschaftlich instabilen Zeit und unter äußerst unsicheren Rahmenbedingungen erfolgt unsere Haushaltsplanaufstellung für unseren Kreis. Die von der Landesregierung angekündigten Erleichterungen für die kommunalen Haushalte wie bspw. Verlustvortrag oder eine flexiblere Schwelle zur Haushaltssicherung, welche die Grundsätze einer generationengerechten und nachhaltigen Haushaltsführung deutlich aufweichen, sind aus unserer Sicht unzureichend und grundsätzlich ungeeignet, um der kommunalen Finanznot zu begegnen und die kommunalen Finanzen stabil zu halten. Es ist vielmehr notwendig, dass Land und Bund den Kommunen die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, beispielsweise für die Finanzierung des Ganztags in der Grundschule, für die ungeklärte Zukunft der Finanzierung des Deutschlandtickets oder für die steigenden Ausgaben zur Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge.

Wir haben volles Verständnis für unsere Städte und Gemeinden im Kreis, die genauso wie wir seit Jahren immer neue Aufgaben von Bund und Land zugewiesen bekommen, ohne dass uns hierfür die benötigten finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Mittel, die dringend erforderlich sind, da die Auswirkungen der Krisen nun ungebremst auf die Haushalte durchschlagen.

Unsere Umlage ist aufgrund der vorgenannten Rahmenbedingungen um ca. 11,5 Mio. € höher als im Vorjahr. Die allgemeine Kreisumlage wird im Jahr 2024 bei einem planerischen Rückgriff in die Ausgleichsrücklage in Höhe von 8,643 Mio. € auf 150 Mio. € steigen. Der Hebesatz, der in den Jahren zuvor kontinuierlich gesunken ist, steigt nun im Vergleich zum Vorjahr von 32,061 auf 34,471 %.

Schaut man aber auch einmal auf die Hebesätze der allgemeinen Kreisumlage in der Nachbarschaft – nach Düren, Viersen oder Aachen, dann sieht man bei uns im Kreis Heinsberg nach wie vor den geringsten Wert. Vergleichen wir darüber hinaus die Entwicklung des Umlageaufkommens je Einwohner im Kreis Heinsberg seit 2011, dann stellen wir fest, dass wir uns von einem Wert oberhalb des Landesdurchschnitts seit Jahren deutlich und dauerhaft niedriger bewegen. Im Jahr 2023 lag das Umlageaufkommen je Einwohner bei uns im Kreis 72 € unter dem Landesdurchschnitt. Das bedeutet, wenn wir weiterhin eine Kreisumlage in Höhe des Landesdurchschnitts hätten – wie 2011, dann wäre unsere Kreisumlage noch weitere circa 19 Mio. € höher. Auch das ist sachlich betrachtet wichtig, wenn die Bürgerinnen und Bürger und vor allem Bürgermeister und Kämmerer auf unseren Haushalt schauen.

Uns alle treffen die multiplen Krisen in gleicher Weise und diese beeinflussen nicht nur unsere finanziellen Möglichkeiten vor Ort. Wie reagieren Führungskräfte in solchen Situationen? In der Krise benötigen Mitarbeiter starke Führungskräfte. Haben wir diese Führungskräfte?

Bezogen auf unsere Kreisverwaltung beantworten wir diese Frage mit einem klaren „Ja“ und mit einem großen Ausrufezeichen. Schaut man aber in Richtung Berlin, dann verfallen einige „Führungskräfte“ dort in eine Art Schockstarre und „tauchen für gewöhnlich ab“.

Die bisherige Bilanz der Ampelregierung lässt viele Wünsche offen. Es fehlt an klaren Visionen und einer effektiven Umsetzung von politischen Maßnahmen. Der BUND, einer der großen Umweltverbände in Deutschland, hat vor drei Wochen eine Bilanz der Ampelkoalition erstellt. Das Fazit: „Rechtsbruch, Streit und Tatenlosigkeit.“

Die Beschlüsse der Rot-Gelb-Grünen-Ampel in Berlin sorgen immer wieder für schockblasse Gesichter. Welcher Bürger soll das verstehen, dass die Ampelregierung Agrardieselbeihilfen und die Kfz-Steuerbefreiungen für die Landwirtschaft streichen und damit massiv die Zukunft unserer Landwirtschaft gefährden will? Langfristig werden verschiedene, alternative Antriebsmöglichkeiten auch im Fuhrpark der landwirtschaftlichen Betriebe Einzug erhalten, aber nicht von heute auf morgen, daher lehnen wir die Streichungen vehement ab. Diese Entscheidung ist ein Tiefschlag für unsere Landwirte und reiht sich ein in eine Politik gegen den ländlichen Raum. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der FDP-Fraktionschef und der Bundesagrarminister Özdemir von den Grünen ihre eigenen Parteien nicht verstehen und ein Veto gegen die Pläne der eigenen Ampelregierung ankündigen.

In Zeiten multipler globaler Krisen muss man Verantwortung übernehmen und wohlüberlegt handeln. Ein wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang ist eine verantwortliche Finanzpolitik, die Teil unserer DNA als CDU-Fraktion im Kreis Heinsberg ist. Die Bürger benötigen kein Verfassungsgericht, um zu erkennen, was seriöse und nachhaltige Finanzpolitik bedeutet.

Ich zitiere nachfolgend einen Kommentar aus dem Handelsblatt vom 8. September: „Die Kritik des Bundesrechnungshofs an der Kreativität des Bundesfinanzministeriums ist von bemerkenswerter Schärfe: Die Bundesregierung entkerne den Haushalt, indem sie in Sondervermögen ausweiche – und das mit schwerwiegenden Folgen. [...] Im Klartext: Die mit Rückendeckung des Kanzlers von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hochgehaltene Schuldenbremse ist Augenschere.

Insgesamt unterhält der Bund 29 Sondervermögen mit Verschuldungsmöglichkeiten in Höhe von insgesamt rund 590 Milliarden Euro. Die drei größten dieser Nebenhaushalte sind der ‚Doppelwumms‘ von Olaf Scholz (SPD) für die Energiepreisbremsen, seine ‚Zeitenwende‘ für die Bundeswehr sowie die ‚Bazooka‘ aus seiner Zeit als Bundesfinanzminister aus der Anfangsphase der Pandemie. Zusammen umfassen diese drei Sondervermögen Kreditermächtigungen von 450 Milliarden Euro, also einen Betrag, der fast dem Volumen des Bundeshaushalts 2023 entspricht oder mehr als dem Dreißigfachen der Neuverschuldung, die der Bund laut geltender Schuldenbremse aufnehmen dürfte.“

Wir alle wissen, dass wir nicht wirklich über „Sondervermögen“ sprechen, sondern über Schulden, die unsere Kinder irgendwann zurückzahlen müssen. Trotz dieser ganzen „Taschenspieler-Tricks“ auf Bundesebene wird uns aber nach wie vor die Anwendung des Konnexitätsprinzips verweigert.

Viele Kommunen fühlen sich mit den aktuellen Herausforderungen der Asyl- und Migrationspolitik vom Bund alleingelassen. Wir alle sind uns einig – die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten ist unsere humanitäre Verpflichtung. Sie wird vor allem durch unsere Städte und Gemeinden mithilfe von vielen sehr engagierten Helfern und Helferinnen organisiert. Dafür an dieser Stelle unser herzlicher Dank!

Wir befinden uns aber an unseren Belastungsgrenzen. Wir brauchen dringend eine dauerhafte, nachhaltige und vor allem auskömmliche Finanzierung für die Unterbringung und Integration der Geflüchteten. Wir fordern vom Bund, dass er in Gänze die sachlichen, personellen und finanziellen Voraussetzungen schafft, für das, was die Kommunen vor Ort leisten sollen, als Konsequenz der bundespolitischen Entscheidungen beim Thema Migration!

Wir haben in den vergangenen Jahren trotz schwieriger Rahmenbedingungen viel gemeinsam erreicht. Wir haben die Wirtschaftskraft unserer Region gestärkt, die Infrastruktur ausgebaut und den Fortschritt durch zukunftsweisende Projekte und Maßnahmen vorangetrieben und Impulse gesetzt, die nicht nur im kommenden Jahr, sondern auch weit darüber hinaus etwas Positives bewegen werden.

Positives bewegen müssen wir im Kreis Heinsberg, denn wir wollen den Strukturwandel im rheinischen Revier vorantreiben und wenn man auf die aktuellen Vorhaben im Kreis Heinsberg im Kontext Strukturwandel – unter Beteiligung der WFG schaut, dann bewegen wir eine Menge.

18 in der Entwicklung befindliche Projektansätze wurden bei der letzten Gesellschafterversammlung der WfG präsentiert – hierunter befinden sich die bedeutenden Projekte INGRAIN, Campus Transfer Land- und Ernährungswirtschaft und das Wasserstoffpilotprojekt H2HS.

Wir haben im April letzten Jahres als CDU-Fraktion den Antrag gestellt, dass wir die in einem hohen Maße verfügbaren Kompetenzen in unserer Region bündeln und uns zu einer Wasserstoff-Modellregion entwickeln wollen. Wir wollten eine Wasserstoff-Modellregion werden, die mit der Beteiligung weiterer Akteure und Unterstützer aus unseren zehn Städten und Gemeinden eine umfängliche energetische Selbstversorgung mit erneuerbarer Energie anstrebt – ein kreisweites Grünstromportfolio unter Einbindung aller Kommunen. Die von der WfG initiierten und moderierten Gespräche der letzten Monate haben dazu geführt, dass inzwischen alle Kommunen mit dabei sein wollen. Das ist ein Paradebeispiel für eine zielgerichtete Zusammenarbeit in einem absolut zukunftsweisenden Public Private Partnership, die wir so noch nie hatten!

Höchst ärgerlich ist an dieser Stelle, dass wir jetzt sowohl bei INGRAIN als auch bei Campus Transfer Land- und Ernährungswirtschaft eine hoffentlich nur vorübergehende Sperrung der Mittel vom Bund erfahren haben. Der lange Arm dieser desolaten Haushaltspolitik im Bund reicht also bis zu uns in die Region. So, meine Damen und Herren, kann der von der Bundesregierung bei jeder Gelegenheit postulierte – und auch zweifellos notwendige – zukunftsorientierte Strukturwandel nicht gelingen!

Ein weiteres zukunftsorientiertes Großvorhaben mit Modellcharakter ist das Projekt Future Site InWest, welches im Landesentwicklungsplan NRW für landesweit bedeutsame und besonders zukunftsorientierte gewerblich-industrielle Großvorhaben vorgesehen ist. Schon Staatssekretär Dammermann hob bei der Übergabe des Förderbescheides über 500.000 € für vorbereitende Maßnahmen im Februar 2022 die große landesweite Bedeutung des Projektes als einen wichtigen Baustein für die Transformation des rheinischen Reviers hervor. Weitere, erhebliche Fördermittel in einem mittleren zweistelligen Millionenbetrag sind seitens der Landesregierung avisiert. „Durch die Ansiedlung moderner Industrien stärken wir nicht nur die Innovationskraft, sondern schaffen auch wichtige Arbeitsplatzperspektiven im rheinischen Revier.“ Wir als CDU-Fraktion stehen nach wie vor uneingeschränkt hinter dem Projekt FUTURE SITE InWEST und wir sind froh, dass die juristischen Auseinandersetzungen hinsichtlich der wichtigen Verkehrserschließung über die L364n beendet sind.

Neben dem Strukturwandel im rheinischen Revier haben wir uns auch dem Schutz unserer Umwelt und der Förderung von Nachhaltigkeit verschrieben. Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, der wir uns lokal stellen müssen. Wir werden daher wirtschaftlich sinnvolle Projekte zur Förderung erneuerbarer Energien unterstützen und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs vorantreiben. Die im Haushalt eingepflanzten 350.000 € für weitere Photovoltaikanlagen auf den Dächern der kreiseigenen Liegenschaften sowie die Pläne für einen Solarpark auf dem Deponiegelände in Rothenbach – mit einer Beteiligung in Höhe von 7 Mio. € – sind ebenso deutliche Zeichen im Sinne der Nachhaltigkeit, wie die 400.000 € im Haushalt für die Renatu-

rierung des Rodebachs. Nachhaltigkeit ist ohne starke Beiträge der kommunalen Ebene nicht zu erreichen. Nachhaltigkeit, regional und lokal gedacht, ermöglicht einen nachhaltigen Erfolg.

Der Erfolg einer Region, eines Kreises steht und fällt insbesondere mit den Menschen, die in ihm leben. Es ist wichtig, dass unsere Bürger gut und gerne in unserem Kreis leben. Das ist unter anderem auch deswegen wichtig, weil die Verfügbarkeit von Fachkräften ein nicht zu unterschätzender Faktor ist – sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen als auch für den Wohlstand einer Region. Der Fachkräftemarkt braucht gut qualifizierte Frauen und Männer – die Fürsorgeverantwortung in Familien darf dafür kein Hemmnis sein.

Bereits in unserem Leitbild vor gut 16 Jahren sowie in der aktualisierten Version haben wir dokumentiert, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch die Unterstützung arbeitsplatz- und wohnortnaher Kinderbetreuung – auch in Zusammenarbeit mit einzelnen Betrieben – ein weiterer Schritt hin zu einem familienfreundlichen Arbeitsumfeld und zur Attraktivitätssteigerung unseres Wirtschaftsstandortes bedeutet.

Angesichts der praktischen Vorteile, die eine betriebliche bzw. betrieblich unterstützte Kinderbetreuung für alle Beteiligten mit sich bringt, ist die Inanspruchnahme dieser Möglichkeit im Kreis Heinsberg noch unzureichend. Die CDU-Fraktion will daher die entsprechenden Ideen und Initiativen aus den Jugendamtsbezirken und der Unternehmerschaft noch intensiver unterstützen und eine Informationsoffensive initiieren. Wir haben heute einen entsprechenden Antrag auf den Weg gebracht, denn wir benötigen ein kreisweites Konzept für die „betriebliche bzw. betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“.

Neben der Investition in Fachkräfte und in die Ausbildung von Nachwuchskräften ist die Investition in Bildung ebenfalls eine Investition in die Zukunft! Angesichts des schlechten Abschneidens deutscher Schüler in der PISA-Studie werden Rufe nach Konsequenzen und einer stärkeren, sachgerechten und sinnvollen Investition in die Bildung gefordert.

Wir haben als Kreis unsere Schulen – im Laufe der letzten Jahre – immer auf einen hervorragenden Stand gebracht. Im Finanzplan, in dem wir die wesentlichen, vom Kreis im Planjahr veranschlagten Investitionsmaßnahmen finden, sind im Bereich 03 – Schulträgeraufgaben und zentrale Leistungen für Schulen – mit 7,642 Mio. € veranschlagt.

Mit Baumaßnahmen bei der Janusz-Korczak-Schule, bei der Rurtalschule, der Floßbachschule, der Jakob-Muth-Schule und unserem Berufskolleg in Erkelenz investieren wir erneut in einem großen Umfang in unser Bildungssystem. In den Jahren 2024 bis 2027 reden wir hierbei insgesamt von Investitionen in Höhe von 14 Mio. €, die sachgerecht und sinnvoll sind.

Eine Position, die im Bereich der Bildung nicht unbedingt direkt durch Ausstattungsgegenstände oder Baumaßnahmen ins Auge fällt, aber dennoch deutliche Kosten verursacht, ist die Schülerbeförderung. Die Gesamtaufwendungen im Bereich der allgemeinen Kreisumlage steigen um 799.000 € deutlich an – teilweise aufgrund erforderlicher Neuausschreibungen der Beförderungsleistungen. Die steigenden Energiekosten sind eines der Hauptargumente für die steigenden Preise – nicht nur bei der Schülerbeförderung, sondern auch im gesamten Bereich des ÖPNV. Wichtig ist daher, ein kundengerechtes ÖPNV-Angebot zu gestalten. Wir müssen das weiter steigende ÖPNV-Defizit mit den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger in Einklang bringen. Wir müssen alle „den Gürtel enger schnallen“!

Wir hoffen, dass diese Botschaft des „engeren Gürtels“ auch im Landschaftsverband Rheinland Gehör findet. Denn schwer gebeutelt wird unser Kreishaushalt und damit unsere Städte und Gemeinden vor allem durch die LVR-Umlage, die seit jeher eine der größten Aufwandspositionen in unserem Haushalt bedeutet. Ich möchte an dieser Stelle gar nicht die 400 neuen Stellen sowie die 204 befristeten Stellen im Haushaltsentwurf des LVR oder die Mehrbelastung von 1,522 Mio. € im Vergleich zur Festsetzung 2023 thematisieren. Ich möchte vielmehr deutlich machen, dass wir der CDU-SPD-Koalition im LVR dankbar sind, dass diese die Landschaftsumlage durch einen gemeinsamen Antrag noch weiter reduzieren konnten.

Mein Wunsch – so kurz vor Weihnachten – ist jedoch, dass im nächsten Jahr seitens des LVR die frühzeitige und umfassende Information der Kreise und Städte auf Augenhöhe realisiert und eine adäquate Entnahme aus der Ausgleichsrücklage im Vorfeld dokumentiert werden könnte. Dann hätten wir für die Akzeptanz der unterschiedlichen Argumente einen deutlich fruchtbareren Boden als in den Jahren zuvor.

Unterschiedliche Argumente ist ein gutes Stichwort und somit komme ich zum Thema Innovationsprojekt der VHS und zu drei bemerkenswerten Sachverhalten.

Bemerkenswert finde ich zunächst den zeitlichen Ablauf der Beschlussfassung. Drei Wochen vor dem Projektstart – Anfang Dezember – bekommen wir als Politik das Thema auf die Tagesordnung. Nachdem, wie in der Sitzungsunterlage zu lesen war, die Interessenbekundung erfolgt ist, die positive Rückmeldung erfolgt ist und der Förderantrag gestellt wurde. Die Interessenbekundung – mit Beschreibung der Projektidee, den Zielen, Kooperationspartnern, Produkten sowie einen Meilensteinplan – musste bis Ende April 2023 beim Ministerium eingereicht werden.

Wir hatten am 15. Mai die Sitzung des Kuratoriums der VHS und im Juni, September und Anfang November Kreisausschusssitzungen. Wieso sind wir die einzige Fraktion, die bemerkenswert findet, dass wir als Politik erst jetzt – drei Wochen vor dem Projektstart – beteiligt werden?

Aber kommen wir zurück zum Projektinhalt. Wir haben im Kreisausschuss als CDU-Fraktion einige Argumente zur Ablehnung des Innovationsprojektes der VHS genannt. Leider wird unsere Ablehnung nur auf eines reduziert – das Thema Finanzen. Vielleicht liegt es daran, dass wir das Thema in Zeiten multipler Krisen als sehr wichtig bewerten und eine solide Finanzpolitik automatisch mit der CDU verbunden wird. Die Presse hat auch einige Personen zu unserer Ablehnung im Kreisausschuss befragt – nur leider uns selber nicht.

Bemerkenswert fand ich aber die Äußerung vom Kollegen Lenzen, dass der TOP im Vorfeld vollkommen unstrittig erschien und unsere Entscheidung wohl für alle überraschend war – zumal wir einen Tag vor und am Tag der Kreisausschusssitzung selber lange telefonierte und über den Tagesordnungspunkt gesprochen haben. Ich habe unsere Ablehnung argumentiert und der Kollege Lenzen wollte eine umfängliche Aufgabenanalyse der VHS initiieren. Aber das nur am Rande.

Ebenfalls bemerkenswert finde ich, dass wir anscheinend die einzige Fraktion sind, die sich die Frage stellt – in Zeiten von Fachkräftemangel und ausgelastetem Personal – woher wir die Fachleute für dieses Projekt nehmen? Ich sehe schon die Schlagzeilen von morgen in der Presse vor mir. Berliner Verhältnisse im Kreis Heinsberg. SPD, Grüne und FDP wollen mit dem Innovationsprojekt der VHS „Grundbildung im Sozialraum“ vermeintlich etwas Gutes tun. Es wird nur von Investition in Bildung gesprochen und was wir alles durch eine Innovation verändern können. Aber – ebenso wie Ihre Kollegen in Berlin – sagen Sie keinem Bürger, wie wir das Innovationsprojekt der VHS bezahlen bzw. (in diesem Fall) woher wir das Personal nehmen?

Wir ziehen Fachleute aus einem wichtigen und gut funktionierenden Bereich der VHS ab, damit wir als Vorreiter für die Nation eine Innovation verproben können. Um es für Sie hier im Kreistag und für alle anderen da draußen zu übersetzen – laut Rückmeldung von Herrn Rümke nehmen wir in einem Umfang von 30 bis 60 Arbeitstagen (je nach Berechnungsmodell) den Bereichen „Schulabschlüsse und Grundbildung“ sowie der „sozialpädagogischen Betreuung von Schulabschlusslehrgängen“ Personal weg, damit wir Erfahrungen mit einer Innovation sammeln können.

Meine Damen und Herren, um es deutlich zu machen, das ist keine Entscheidung gegen das Innovationsprojekt, sondern eine Entscheidung für die Schulabschlusslehrgänge und die sozialpädagogische Betreuung, die hoffentlich spätestens jetzt jeder nachvollziehen kann.

Menschen brauchen – gerade in Krisenzeiten – Klarheit: Was ist das Problem, was ist die Lösung, wie kommen wir dahin. Wenn die Klarheit fehlt, wenn die Politik keine nachvollziehbaren Entscheidungen trifft, dann ist Politikverdrossenheit vorprogrammiert. Das darf keiner Partei, die sich der Demokratie verpflichtet fühlt, egal sein.

Meine Damen und Herren, in unsicheren Zeiten benötigen Menschen Stabilität. Und dafür sind klare Maßnahmen der Politik – auch im Kreis Heinsberg – notwendig. Die Zeit ist reif für Eindeutigkeit. Nicht nur über das sprechen, was wir alles Gutes oder gut Gemeintes machen, sondern auch erklären, was es kostet und worauf wir bei einer Umsetzung verzichten müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir beschließen heute einen Haushalt, der von den aktuellen Krisen und den Krisen der letzten Jahre geprägt ist. Die sieben fetten Jahre sind vorbei. Und an dieser Stelle erinnere ich gerne an die Botschaft der Stellungnahme der rheinischen Landräte und Oberbürgermeister an den Landschaftsverband Rheinland zu dessen Haushaltsplanentwurf 2024. Wir sind alle gemeinsam gefordert, alles nur Mögliche zu unternehmen, um exorbitante Steuererhöhungen zu vermeiden, gleichzeitig aber auch ein Abrutschen in die absolute Handlungsunfähigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise zu verhindern. Mit diesem Haushaltsplan legen wir den Grundstein für eine erfolgreiche Zukunft unseres Kreises. Diese Haushaltspolitik trägt die deutliche Handschrift der CDU und daher wird es niemanden überraschen:

### **Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf 2024 zu!**

In Krisenzeiten werden Stärken sichtbar. Ich danke dem Landrat, dem Kreiskämmerer und der gesamten Verwaltung für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit. Bitte nehmen Sie – stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – unseren Dank entgegen.

Ich danke auch den Fraktionen im Kreistag für die konstruktive und gute Zusammenarbeit hier im Kreistag sowie in den Ausschüssen.

Abschließend bedanke ich mich bei unseren Mitarbeitern in der Fraktionsgeschäftsstelle für deren Unterstützung, den Gästen für ihr politisches Interesse sowie bei der Vertretung der Presse für die regelmäßige Begleitung in unseren Sitzungen über das gesamte Jahr und hoffentlich auch für die faire und sachliche Berichterstattung in den nächsten Tagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind stolz auf das Erreichte, doch es gibt noch viel zu tun. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, den Kreis Heinsberg weiter voranzubringen und unseren Bürgern ein lebenswertes Zuhause zu bieten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Harald Schlößer

Fraktionsvorsitzender

CDU-Fraktion im Kreistag Heinsberg